

»Wir brauchen mehr Ergebnisorientierung«

Rede der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der Plenartagung auf hoher Ebene zu den Millenniums-Entwicklungszielen während der 65. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 21. September 2010 in New York

Die Millenniumserklärung der Vereinten Nationen im Jahre 2000 hat der internationalen Entwicklungspolitik eine qualitativ völlig neue Grundlage und Legitimation verliehen. Das war eine wegweisende Richtungsentscheidung und hat die globale Entwicklungspartnerschaft auf ein neues gemeinsames Fundament gestellt. Diese Entscheidung hat deutlich gemacht: Nur durch ein neues Miteinander von Geber- und Nehmerländern und nur durch eine klare Definition der Ziele können wir Armut, Krankheiten und Hunger weltweit erfolgreich bekämpfen.

Die Millenniumserklärung ist Handlungsrahmen für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung – gestützt auf universale Prinzipien, im Geiste der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen. Sie steckt vier programmatische Handlungsfelder ab: Frieden und Sicherheit, Minderung der Armut, Schutz der Umwelt sowie Förderung der Menschenrechte, der Demokratie und der guten Regierungsführung. Diese vier Handlungsfelder werden konkretisiert durch die Millenniumsentwicklungsziele und stellen damit den internationalen Bezugsrahmen für unsere Entwicklungspolitik dar. Auch die deutsche Bundesregierung gründet auf diese Prinzipien ihre Entwicklungspolitik und stärkt damit die Gemeinschaftsanstrengungen aller.

Nachhaltige Entwicklungsfortschritte verlangen, dass alle vier genannten Herausforderungen gemeinsam angegangen werden, denn sie bedingen sich gegenseitig. Deshalb dürfen nach meiner festen Überzeugung die Millenniumserklärung und die Entwicklungsziele nicht als eine Art Wahlmenü interpretiert werden. Denn wir wissen – und das gilt weltweit: Es gibt keine Entwicklung ohne Sicherheit und keine Sicherheit ohne Entwicklung. Entwicklungspolitische Maßnahmen bleiben wirkungslos, wenn es keine Sicherheit gibt. Umgekehrt verpuffen Anstrengungen zur Friedenssicherung, wenn es nicht auch eine entwicklungspolitische Perspektive gibt. Hier zeigt sich, dass der frühere VN-Generalsekretär Kofi Annan es genau auf den Punkt brachte, als er sagte: »Entwicklungspolitik ist eine Investition in eine sichere Zukunft.«

Hinzu kommt: Nachhaltige Entwicklung sowie wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt sind ohne gute Regierungsführung und Achtung der Menschenrechte undenkbar. Aber seien wir ehrlich: So einfach sich dieser Befund in der Theorie anhört, so schwierig ist es doch immer wieder, praktisch die Konsequenzen daraus zu ziehen. Die Weltgemeinschaft hat sich vor zehn Jahren richtige Ziele gesetzt. Leider müssen wir aber heute sagen, dass wir wahrscheinlich nicht alle Ziele bis 2015 erreichen werden. Dennoch – das ist meine Über-



Bundeskanzlerin Angela Merkel

UN-Foto: Aliza Eliazarov

zeugung – bleiben die Ziele gültig und müssen konsequent durchgesetzt werden. Ich werbe dafür, dass dies die zentrale Botschaft dieses Gipfels zehn Jahre nach Verabschiedung der Millenniumserklärung wird.

Es gibt bemerkenswerte Fortschritte bei einigen Zielen. So sind wir bei der Schulbildung, der Gleichstellung der Geschlechter und auch bei der Bekämpfung von Hunger und Armut vorangekommen. Doch Hunger und Unterernährung bewegen sich noch immer auf einem unerträglich hohen Niveau. Selbst wenn im letzten Jahr 100 Millionen Menschen weniger dem Hunger ausgesetzt waren, so ist die Zahl von über 900 Millionen Menschen auf der Welt, die unter Hunger und Armut leiden, nicht akzeptabel. Wir sehen uns auch insgesamt beträchtlichen Unterschieden gegenüber – sowohl beim Erreichen einzelner Ziele als auch beim Erreichen der Ziele in den verschiedenen Weltregionen. Insbesondere in Teilen Sub-Sahara-Afrikas gibt es nach wie vor sehr große Defizite. Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Aussichten für diese gefährdeten Regionen noch weiter verschlechtert.

Deshalb stellt sich die Frage: Was können, ja, was müssen wir tun, um mehr und schneller Fortschritte zu erzielen? Ich glaube, in diesem Zusammenhang ist klar: Wir müssen die Wirksamkeit der Instrumente der Entwicklungspolitik weiter verbessern. Der Schlüssel dazu liegt für mich auf der Hand. Wir brauchen mehr Ergebnisorientierung. Dabei ist aus meiner Sicht die ergebnisbasierte Finanzierung ein viel versprechender Ansatz. Ich habe das am Rande dieser Veranstaltung mit vielen Partnern sehr oft besprochen und bin auf viel Zustimmung gestoßen. Es ist klar, dass eine eindeutige Ergebnisorientierung mit größeren Freiräumen für

nationale Politiken verbunden werden kann. So kann den Besonderheiten des jeweiligen Landes besser entsprochen werden.

Dabei ist wichtig, dass wir alle akzeptieren: Der Entwicklungsprozess liegt in erster Linie in der Verantwortung der Regierungen der Entwicklungsländer. Sie haben es in der Hand, ob Hilfe effizient erfolgen kann. Deshalb ist die Unterstützung guter Regierungsführung genauso wichtig wie die Hilfe selbst. An den heutigen Schwellenländern sehen wir: Entwicklungspolitik kann letztlich nur erfolgreich sein, wenn der Prozess national gesteuert und umgesetzt wird. Das gilt auch für die Mobilisierung der notwendigen Finanzmittel. Die ODA-Mittel, die Entwicklungshilfe-Mittel, können – von Notfallsituationen abgesehen – immer nur ein Beitrag zu nationalen Finanzmitteln sein, nie ein Ersatz. Entwicklungshilfe kann auch nicht zeitlich unbegrenzt sein.

Es kommt also darauf an, begrenzte Hilfgelder so nutzbringend wie möglich einzusetzen. Das funktioniert eben nur über eine gute Regierungsführung, die die wirtschaftlichen Fähigkeiten des jeweiligen Landes fördert. In Eigenregie müssen marktwirtschaftliche Entwicklungen, der Auf- und Ausbau von kleinen und mittleren Unternehmen und die Stärkung des ländlichen Raums vorangetrieben werden. Es gibt viele gute Projekte, die uns dabei Mut machen. Ohne eigenes, sich selbst tragendes Wirtschaftswachstum wird für die Entwicklungsländer jedenfalls der Weg aus Armut und Hunger viel zu steil bleiben. Ohne nachhaltiges Wirtschaftswachstum können die Entwicklungsziele nicht erreicht werden oder nicht einmal bisher erreichte Entwicklungsniveaus gehalten werden.

Deshalb sieht Deutschland seine Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit als verantwortungsbewusster Unterstützer von Eigenanstrengungen – und dies auch in einer breit angelegten Partnerschaft. Wir kennen unsere Stärken in Deutschland. Wir wissen aber auch um unsere Grenzen. Natürlich erfordert die Lösung globaler Aufgaben globale Anstrengungen. Ein gelungenes Beispiel ist der Globale Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria – ein multilaterales Instrument, das sich bewährt hat. Die Hilfe des

Fonds kommt direkt bei den Menschen an. Deutschland ist drittgrößter Geber. Ich werde mich dafür einsetzen, dass Deutschland den Fonds und die Bemühungen um eine Verbesserung der Gesundheitssituation insgesamt auch weiterhin auf hohem Niveau unterstützt.

Bei der Umsetzung der Millenniumserklärung und zum Erreichen der Millenniumsentwicklungsziele ist die Welt auf handlungsfähige internationale Organisationen angewiesen. So ist die Handlungsfähigkeit auch das, woran die Menschen in der Welt die Vereinten Nationen, dieses Gremium, in dem wir heute sprechen, messen. Wir, die Mitgliedstaaten, haben es in der Hand, die Vereinten Nationen für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu wappnen. Deshalb wird sich Deutschland auch weiterhin nachdrücklich für die Reform der Vereinten Nationen einsetzen.

Für uns, die Bundesrepublik Deutschland, sind die Vereinten Nationen wegen ihrer Universalität und ihrer daraus entspringenden Legitimität das zentrale Forum der internationalen Zusammenarbeit. Deutschland ist drittgrößter Beitragszahler in den Vereinten Nationen. Auch in der Entwicklungspolitik stehen wir unter den Geberländern an dritter Stelle. Selbst in der Finanzkrise haben wir unsere Mittel nicht zurückgefahren. Wir streben weiterhin an, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe aufzuwenden. Wir nehmen unsere Rolle als verlässlicher Partner der Vereinten Nationen in der Überzeugung wahr, dass Völkerverständnis nur gelingen kann, wenn die Zusammenarbeit auf der Grundlage von Gleichberechtigung und Ebenbürtigkeit aller Staaten erfolgt.

In diesem Sinne bekräftige ich hier noch einmal das deutsche Engagement und unsere Verantwortung als Teil der gemeinsamen Verantwortung der internationalen Staatengemeinschaft.

Die Rede wurde auf Deutsch gehalten.

Quelle: http://www.bundeskanzlerin.de/nn_683608/Content/DE/Rede/2010/09/2010-09-21-bk-un-millennium-rede.html

Englische Fassung: http://www.bundeskanzlerin.de/Content/EN/Artikel/2010/09/2010-09-21-merkel-vn-rede__en.html

»Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik«

Rede des deutschen Außenministers Guido Westerwelle vor der 65. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 25. September 2010 in New York

Es ist mir eine Ehre, heute zu Ihnen sprechen zu können. Seit Gründung der Vereinten Nationen vor 65 Jahren hat sich die Welt dramatisch verändert. Globaler Austausch an sich ist nicht neu. Neu ist die Geschwindigkeit, mit der Veränderungen unser aller Leben prägen. Nur wenn wir in den Vereinten Nationen hand-

lungsfähig sind und bleiben, können wir die globalen Veränderungen gestalten. Probleme der Sicherheit, der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung werden wir nur lösen, wenn die Weltgemeinschaft zusammensteht. Deutschland ist bereit, globale Verantwortung zu übernehmen, in dem Rahmen, den die

Vereinten Nationen setzen. Deutsche Außenpolitik ist eingebettet in die Weltgemeinschaft.

In Europa hat ein Modell der Kooperation den Fluch der Konfrontation ersetzt, der über Jahrhunderte hinweg unseren Kontinent zerrissen hat. Die Europäische Union ist erfolgreich, weil sich in Europa alle Völker und Staaten auf gleicher Augenhöhe begegnen.

Auch in den Vereinten Nationen arbeiten größere und kleinere Nationen, reichere und ärmere, sehr mächtige und solche mit weniger Einfluss. Unsere Richtschnur auch für die Arbeit hier in den Vereinten Nationen ist die Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe, ist die Zusammenarbeit unter Gleichberechtigten. Jedes Land schuldet jedem Land Respekt.

Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik. Deutschland bewirbt sich in diesem Herbst um einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat, weil wir hier in ganz besonderer Weise gemeinsam für Frieden und Entwicklung arbeiten wollen. Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. In der globalisierten Welt bedrohen die Folgen von Klimawandel, Armut und Unterentwicklung die Menschen ebenso wie Gewalt und Unterdrückung.

Klimawandel betrifft uns alle und unmittelbar. Unzählige Menschen spüren schon jetzt die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Klimawandels hautnah. Die pazifischen Inselstaaten haben zu Recht in ihrem Brief an den Sicherheitsrat eindringlich davor gewarnt, wie sehr der Klimawandel unser aller Sicherheit bedroht. Für den Klimaschutz muss jeder etwas tun. In Deutschland haben wir gerade ein zukunftsweisendes Energiekonzept verabschiedet. Bis zum Jahr 2050 werden wir den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung auf 80 Prozent steigern. Und Deutschland sagt zu, die CO₂-Emissionen bis 2020 gegenüber 1990 um 40 Prozent zu reduzieren. Bereits jetzt haben wir unsere CO₂-Emissionen um fast 30 Prozent gesenkt. Wir gehen beim Klimaschutz voran. Wir helfen denen, die schon jetzt am stärksten unter dem Klimawandel leiden. Das Schicksal vor allem der kleinen Inselstaaten liegt uns am Herzen. Wer den Klimawandel bekämpfen will, muss auf Innovation, neue Technologien und Austausch setzen. Von der Zusammenarbeit bei zukunftsweisenden Energien können entwickelte und sich entwickelnde Staaten gemeinsam profitieren. Deutschland wird mit seinen technologischen Fähigkeiten, etwa bei erneuerbaren Energien oder der Energieeffizienz, seinen Beitrag leisten.

So nutzen wir die Herausforderung des Klimaschutzes als Chance zu fairer Entwicklung und vertiefter Zusammenarbeit. Klimapolitik ist ein entscheidender Baustein einer Politik der nachhaltigen Entwicklung. Der Millenniumsgipfel hat uns den weiteren Weg für unsere Entwicklungspartnerschaft gewiesen.

Bildung ist der Schlüssel für Entwicklung, Entwicklung braucht Bildung. Bildung schützt vor Diskriminierung und Unterdrückung. Bildung bekämpft Vorurteile und fördert damit den Frieden. Aber Bildung schafft auch Produkte und Märkte, Bildung ermöglicht Wohl-



Außenminister Guido Westerwelle

UN-Foto: Aliza Eliazarov

stand. Der wahre Reichtum vieler Nationen findet sich nicht mehr im Boden, sondern in den Köpfen. Bildung ist ein Menschenrecht. Weil Bildung in der Welt von morgen über Erfolg oder Misserfolg von Gesellschaften entscheidet, ist Deutschland einer der größten Partner weltweit für das Lernen. Wer auf Bildung baut, baut der Jugend Brücken in die Zukunft.

Auch die Vereinten Nationen selbst müssen mit den Veränderungen in der Welt Schritt halten. Es entspricht nicht der Architektur unserer Welt von heute, wenn Afrika und Lateinamerika nicht dauerhaft im **Sicherheitsrat** vertreten sind. Auch Asien betrachtet sich zu Recht als unterrepräsentiert. Der gesamte Kontinent, nicht nur einzelne Staaten, entwickelt sich mit atemberaubender Geschwindigkeit. Wir nehmen unsere Partnerschaften ernst, die alten wie die neuen. Auch Deutschland bleibt bereit, größere Verantwortung zu übernehmen.

Abrüstung und nukleare Nichtverbreitung sind keine Themen der Vergangenheit, sondern Herausforderungen unserer Zeit. Abrüstung und nukleare Nichtverbreitung sind zwei Seiten derselben Medaille. Wir müssen alles dafür tun, dass Massenvernichtungswaffen nicht zum Fluch der Globalisierung werden.

Anders als noch vor fünf Jahren war die Überprüfungs-konferenz zum nuklearen Nichtverbreitungsvertrag in diesem Mai ein Erfolg. Wenn wir diesen Schwung gemeinsam nutzen, haben wir es in der Hand, dass aus diesem Jahrzehnt kein Jahrzehnt der Aufrüstung, sondern ein Jahrzehnt der Abrüstung wird. Eine Welt ohne Atomwaffen ist eine langfristige Vision. Aber auch ein Marathonlauf beginnt mit dem ersten Schritt.

In die Abrüstungsdebatte ist Bewegung gekommen. Die am Mittwoch hier in New York gegründete Gruppe von Staaten, die Abrüstung und Rüstungskontrolle voranbringen wollen, steht nicht allein. Über zehn Jahre lang hat sich die Abrüstungskonferenz in Genf nicht einmal auf eine Tagesordnung einigen können. So werden wir unserer gemeinsamen Verantwortung nicht gerecht. Auf Einladung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen haben wir uns gestern getroffen, um

den Stillstand der Genfer Abrüstungskonferenz zu überwinden. Unsere Welt wird sicherer, wenn das umfassende Atom-Teststopp-Abkommen in Kraft tritt und die Produktion von spaltbarem Material beendet wird.

Deutsche Friedenspolitik steht für die friedliche Lösung regionaler Konflikte. Deutschland setzt sich mit ganzer Kraft für einen Erfolg der direkten Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern ein. Auch in Zukunft stärken wir die Kräfte der Vernunft und des Ausgleichs. An die Beteiligten appelliere ich, gerade in diesen, für den Friedensprozess so entscheidenden Stunden, alles zu unterlassen, was den Weg zum Frieden verstellen kann. Wir verurteilen jede Form von Gewalt, die doch nur darauf abzielt, die Friedensgespräche zu torpedieren, und gleichzeitig werben wir für die Verlängerung des Moratoriums beim Siedlungsbau. Der Weg zum dauerhaften Frieden ist die Zwei-Staaten-Lösung mit Israel in Sicherheit und einem palästinensischen Staat in friedlicher Nachbarschaft.

Wie jede Nation hat selbstverständlich auch Iran das Recht auf die friedliche Nutzung der Kernenergie. Doch die Führung in Teheran hat selbst Zweifel am zivilen Charakter ihres Atomprogramms gesät. Diese Zweifel kann Iran mit Offenheit und Transparenz ausräumen. Wir bleiben zum Dialog bereit. Jetzt ist es an Iran, unsere ausgestreckte Hand zu ergreifen.

Die für 2012 geplante Konferenz zur Einrichtung einer Zone frei von Massenvernichtungswaffen im Nahen Osten ist eine große Chance für Frieden und Sicherheit in dieser Region. Deutschland wirbt dafür, dass alle Staaten der Region teilnehmen und die Konferenz ein Erfolg wird. Wir engagieren uns für einen atomwaffenfreien Nahen Osten.

Deutschland ist einer der größten Unterstützer für ein friedliches und sicheres Afghanistan. Bis 2014 wollen wir die Sicherheitsverantwortung für ganz Afghanistan an die afghanische Regierung übergeben, so wie wir es in London und Kabul vereinbart haben. Für Fortschritte in diesem von Krieg und Bürgerkrieg so lange geschundenen Land muss Gewalt wirksam unterbunden werden. Aber allein der Einsatz von Militär wird keine Lösung bringen. Wir setzen auf einen umfassenden Ansatz, vor allem auf eine politische Lösung. Alle Beteiligten brauchen jetzt den Mut und die Kraft zur Aussöhnung.

Die deutsche Regierung hilft, wenn Menschen weltweit von Naturkatastrophen und Schicksalsschlägen betroffen sind. Aber das Gewissen eines Landes findet man in den Herzen der Bürgerinnen und Bürger. Ich bin stolz, dass meine Landsleute großzügig helfen, wenn die Not am allergrößten ist. Menschlichkeit und Solidarität gelten weltweit. Menschlichkeit und Solidarität unterscheiden nicht nach Hautfarbe oder Glauben.

Als der Tsunami die Küsten rings um den indischen Ozean verheerte, als in Haiti die Erde bebte und damit die Arbeit von Jahrzehnten vernichtete, oder gerade jetzt, wo die schrecklichen Überschwemmungen in Pakistan unfassbare Verwüstungen hinterlassen, haben

wir Deutsche mitgeföhlt und dann aus vollem Herzen mitgeholfen. Wir werden Pakistan in den kommenden Monaten und Jahren zur Seite stehen, damit das Land wirtschaftlich eine gute Zukunft hat.

Wir arbeiten in Sudan über das Referendum Anfang des kommenden Jahres hinaus an einer friedlichen Ordnung. Wir suchen Wege zu stabilen Verhältnissen in Jemen und engagieren uns ganz besonders in der Gruppe der Freunde Jemens. Mit großem Einsatz arbeiten wir an der Bekämpfung der Piraterie am Horn von Afrika und für Frieden und Stabilität in Somalia.

Erfolge beim Wiederaufbau zerstörter Regionen kommen nicht über Nacht. Auch für Gesellschaften, die von Krieg und Bürgerkrieg gezeichnet sind, führt der Weg zu einem Leben in Würde über Aussöhnung und Frieden.

Wahren Frieden gibt es nur, wo Menschenrechte geachtet werden. Für uns sind Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit, wie Meinungs- und Pressefreiheit, wie der Respekt vor den unveräußerlichen Menschenrechten unverzichtbar. Der Schutz der Menschenrechte bleibt eine Aufgabe für alle Gesellschaften. Im Menschenbild der Vereinten Nationen bestimmen Frauen über ihr Leben selbst und über das Schicksal ihrer Länder mit.

Ethnische oder religiöse Minderheiten sind eine Bereicherung. Deutschlands Leitbild ist eine Kultur der Toleranz. Im Wettstreit um die besten Ideen gewinnen alle, in einem Kampf der Kulturen gibt es nur Verlierer.

Das geeinte Europa kann über den eigenen Kontinent hinaus viel leisten. Deutschland setzt sich dafür ein, dass die Europäische Union zukünftig noch enger mit anderen Regionen in Lateinamerika, in Afrika, in Asien zusammenarbeitet und ihrer globalen Verantwortung gerecht wird.

Deutschland ist der drittgrößte Geber für die Entwicklungszusammenarbeit. Wir haben die Finanz- und Wirtschaftskrise weitestgehend überwunden, und wir sind mit robustem Wirtschaftswachstum auf gutem Kurs. Mit dieser starken Wirtschaft ist Deutschland auch ein starker Partner in der Welt.

Wenn alle Staaten, ob klein, ob groß, zusammenarbeiten, können wir die drängenden Herausforderungen dieser Welt meistern. Auf Deutschland können Sie sich verlassen.

Die Rede wurde auf Deutsch gehalten.

Quelle: Auswärtiges Amt, <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden/2010/100925-BM-VN-GV.html>

Englischer Text über die Webseite der 65. Generalversammlung: <http://gdebate.un.org/View/SpeechView/tabid/85/smid/411/ArticleID/183/Default.aspx>